

Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21

Bericht des Erziehungsrats



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Ausgangslage	4
2 Bedeutung der politischen Bildung für die Gesellschaft	5
3 Politische Bildung im Lehrplan 21	6
3.1 Fächer und Fachbereiche.....	6
3.2 Spezifische Erweiterungen in Uri	7
3.3 Bildung für nachhaltige Entwicklung	9
3.4 Lebenskunde	10
4 Politische Bildung im auserschulischen Bereich	11
4.1 Polittouren und Jugendparlament.....	11
4.2 Politcast Uri und Politcast@School.....	11
4.3 Partizipation.....	11
4.4 Förderung der Stimmbeteiligung junger Erwachsener.....	12
5 Folgerungen für die Volksschule	13
6 Unterstützende Massnahmen	14
6.1 Einsatz von Lehrmitteln	14
6.2 Begegnungen mit der Politik.....	15
6.3 Weiterbildung der Lehrpersonen	16

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1	Korporationen – eine Besonderheit der Urner Demokratie.....	8
Abbildung 2	Verkehr und Transport im Urner Reusstal.....	8
Abbildung 3	URwegs – ein webbasiertes Lehrmittel zur Urner Heimatkunde	9
Abbildung 4	Aufgabensets ERG: Online-Lehrmittel für den Ethikunterricht	10

Zusammenfassung

Wie in anderen kantonalen Parlamenten erfolgte auch im Urner Landrat ein politischer Vorstoss zur Stärkung der politischen Bildung. Ein vom Landrat im Oktober 2019 überwiesenes Postulat verpflichtet den Regierungsrat, dem Landrat zu berichten, wie das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen sei.

Der vorliegende Bericht erfüllt diesen Auftrag. Zunächst zeigt er auf, wie das Thema politische Bildung im Lehrplan 21 (seit dessen Einführung im Sommer 2017) verankert ist. Obschon nicht als eigenständiges Unterrichtsfach definiert, wird der politischen Bildung – seiner Bedeutung entsprechend – in vielfacher Art und fächerübergreifend Rechnung getragen. Die notwendigen Kompetenzen werden einerseits in den Fachbereichen von «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG), «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) sowie in der Leitidee von «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) als Themengebiet «Politik, Demokratie und Menschenrechte» explizit eingearbeitet. Eine nähere Analyse macht sodann deutlich, dass unter den gegebenen Voraussetzungen des neuen Lehrplans ein eigenständiges Fach für Politische Bildung nicht zielführend ist.

Damit der politischen Bildung in der Volksschule auf allen Stufen wirkungsvoll das notwendige Gewicht verliehen wird, sind – wie der Bericht weiter zeigt – indes einige Voraussetzungen sicherzustellen. Es sind:

- Verfügbarkeit von gutem didaktischen Material (Lehrmittel),
- reale Begegnung mit dem Lernstoff (an ausserschulischen Lernorten),
- Begeisterungsfähigkeit der Lehrpersonen (fachliche Sicherheit).

In diesen drei Bereichen besteht Spielraum zu Optimierungen, konkret zur Definition von Mindestanforderungen bei der Umsetzung der Kompetenzbereiche aus der politischen Bildung im Lehrplan 21 für Uri. Der Erziehungsrat beabsichtigt denn auch, im Nachgang zur Behandlung des Berichts im Landrat unter anderem konkret folgende Massnahmen zu ergreifen: Erweiterung des webbasierten Online-Lehrmittels URwegs mit Aufgabensets zur politischen Bildung; Anreicherung des Weiterbildungsangebots für Lehrpersonen mit Kursen zum Thema politische Bildung; Förderung von Besuchen der Oberstufenschülerinnen und -schüler im Bundeshaus in Bern.

1 Ausgangslage

Postulat im Landrat

Am 19. Juni 2019 reichte Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit Zweitunterzeichnerin Bernadette Arnold, Bürglen, ein Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 ein. Darin ersuchen sie den Regierungsrat, dem Erziehungsrat den Inhalt dieses Postulats zu übermitteln, mit dem Auftrag, das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Über die konkrete Umsetzung dieses Anliegens sei dem Landrat Bericht zu erstatten.

Zur Begründung des Vorstosses machen sie unter anderem geltend, im Lehrplan 21 fehle der verbindliche Auftrag, sich mit den Mechanismen der Schweizer Demokratie, der politischen Meinungsbildung, dem Verhältnis Staat und Wirtschaft sowie der Siedlungsraumgestaltung umfassend auseinanderzusetzen. Es sei jeder Lehrkraft selbst überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte bei der «Politischen Bildung» letztendlich setze. In Berücksichtigung allfällig negativer Konsequenzen aus fehlender politischer Bildung soll deshalb die Einführung eines eigenständigen Fachs geprüft werden.

*Antwort
des Regierungsrats*

Der Regierungsrat überwies das Postulat dem Erziehungsrat umgehend zur Bearbeitung und Antragstellung. Im Einklang mit der Haltung des Erziehungsrats war der Regierungsrat sodann der Ansicht, dass die Schaffung eines eigenständigen Fachs «Politische Bildung» nicht erforderlich sei, zumal der Urner Lehrplan 21 die verbindlichen Inhalte aus dem Themenbereich auf allen Stufen festlege und somit die Grundlage lege, dass die Politische Bildung in der Volksschule angemessen und wirksam behandelt werde. Die umfassenden Ausführungen dazu unterbreitete der Regierungsrat dem Landrat in der Session vom 2. Oktober 2019. Gestützt auf diese Ausführungen empfahl der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat zu überweisen und es gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben.

*Überweisung
im Landrat*

Der Landrat folgte der Empfehlung des Regierungsrats nur teilweise. Mit 46 zu 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) beschloss er, das Postulat zu überweisen, ohne es gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben. Demzufolge beauftragte der Regierungsrat den Erziehungsrat, einen Bericht zu erstellen über die konkrete Umsetzung der Forderung des Postulats. Der vorliegende Bericht des Erziehungsrats erfüllt diesen Auftrag.

2 Bedeutung der politischen Bildung für die Gesellschaft

*Politische Bildung
als Grundlage
der Partizipation*

Das Funktionieren der demokratischen Strukturen im Kanton Uri ist zweifellos auf informierte, interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Für die Gesellschaft ist es von existenzieller Bedeutung, dass das Interesse an politischen Fragestellungen und Prozessen geweckt, dass die aktive Beteiligung angeregt und unterstützt wird und dass die notwendigen Grundlagen vermittelt werden. Dabei ist der obligatorische Unterricht in der Volksschule von grosser Bedeutung. Werden Kinder und Jugendliche frühzeitig motiviert und interessiert, lässt sich die künftige Beteiligung fürs Gemeinwesen im Erwachsenenalter fördern.

Die Geschichte der Entwicklung der politischen Bildung in der Schweiz spiegelt denn auch ebenso die föderalistische Struktur des Landes wie kulturelle Unterschiede entlang sprachlicher Grenzen. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erlangte die Schweizer Volksschule ihre unbestreitbare Bedeutung, weil für den Aufbau des Nationalstaats gebildete Bürger nötig waren, zunächst vornehmlich Männer. Über die schulische Vermittlung gezielter Wissensinhalte und Wertvorstellungen konnten die Kinder und Jugendlichen auf ein bestimmtes Staatsverständnis und auf erwünschte Verhaltensweisen hin gebildet und diszipliniert werden. Mit Blick auf die kantonalen Lehrpläne der vergangenen Jahrzehnte zeigt sich, dass politische Bildung immer heterogen präsent war, heute indes in der Deutschschweiz zumeist ein fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand ist.

3 Politische Bildung im Lehrplan 21

*Lehrplan 21:
Basis der Harmonisierung*

Mit der Inkraftsetzung des aktuellen Lehrplans 21, der Studentafel sowie den obligatorisch zu verwendenden Lehrmitteln nimmt der Erziehungsrat des Kantons Uri seinen Auftrag zur Wahrung der kantonalen Bildungshoheit in der Volksschule wahr. Mit dem neuen Lehrplan wurde in der deutschsprachigen Schweiz durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erstmalig erfolgreich ein Schritt in Richtung Harmonisierung der Schweizer Volksschule gemacht. Gleichzeitig wurden auch der Fächerkanon sowie das Lehr- und Lernverständnis angepasst. Die zur breiten Vernehmlassung vorgelegte und verabschiedete Version des in Kraft gesetzten Urner Lehrplans 21 definiert kein eigenständiges Fach «Politische Bildung». Stattdessen wurden die entsprechenden Kompetenzen auf verschiedene Fächer verteilt sowie in den übergeordneten Bereich «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) eingearbeitet.

3.1 Fächer und Fachbereiche

NMG und RZG

Die relevanten Fächer für die politische Bildung sind: Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) in der Primarstufe (1. und 2. Zyklus) sowie Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG, umfasst Geschichte und Geografie) in der Sekundarstufe I (3. Zyklus).

Primarstufe

Die mit Bezug auf die politische Bildung konkret aufzubauenden Kompetenzen sind auf der Primarstufe:

Primarstufe (1. und 2. Zyklus): Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)

NMG.10	Gemeinschaft und Gesellschaft – Zusammenleben gestalten und sich engagieren
Gemeinschaft und Konflikte NMG.10.1	Die Schülerinnen und Schüler können auf andere eingehen und Gemeinschaft mitgestalten.
Öffentliche Institutionen NMG.10.3	Die Schülerinnen und Schüler können grundlegende Funktionen öffentlicher Institutionen verstehen.
Macht und Recht NMG.10.4	Die Schülerinnen und Schüler können das Verhältnis von Macht und Recht in Gegenwart und Vergangenheit verstehen.
Politische Handlungskompetenz NMG.10.5	Die Schülerinnen und Schüler können eigene Anliegen einbringen sowie politische Prozesse erkennen.

Sekundarstufe I

Auf der Sekundarstufe I werden die Kompetenzen in politischer Bildung eigens in einem speziellen Themenbereich aufgeführt:

Sekundarstufe I (3. Zyklus): Räume, Zeiten und Gesellschaften (RZG)

RZG.8	Demokratie und Menschenrechte
RZG.8.1	Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen.
RZG.8.2	Die Schülerinnen und Schüler können die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte erklären.
RZG.8.3	Die Schülerinnen und Schüler können die Positionierung der Schweiz in Europa und der Welt wahrnehmen und beurteilen.

RZG umfasst in Uri in den drei Jahren der Sekundarstufe I insgesamt acht Lektionen. Damit wird die Bearbeitung der verschiedenen Themen sichergestellt.

3.2 Spezifische Erweiterungen in Uri

Für den Kanton Uri hat der Erziehungsrat im Rahmen der Lehrplanentwicklung einige Spezifikationen beschlossen.

Wilhelm Tell

Der Lehrplaninhalt NMG 9.4 «Geschichte und Geschichten» wurde erweitert um das verbindlich zu unterrichtende Thema «Wilhelm Tell».

Korporationen

Im Fachbereich RZG («Geschichte: Politische Bildung» und «Geografie: Mobilität und Transport») wurden zwei verbindliche kantonsspezifische Inhalte definiert: zum einen die Korporationen. Sie haben gemäss Artikel 74 der Kantonsverfassung einen klaren politischen Auftrag: den Kanton und die Gemeinden in der Aufgabenerfüllung zu unterstützen und mitzuhelfen, die Staatsziele zu erreichen. Die Korporationen sind die grössten Grundeigentümerinnen in Uri und verwalten rund 70 Prozent der Grundfläche des Kantons. Sie sind zuständig für Alpen und Wälder und haben eine wichtige Bedeutung für die Weiterentwicklung des Kantons. Kenntnisse über diese Rechtskörperschaft sind im Kanton Uri deshalb wichtig.

1 Die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen. Querverweise
[RNE](#)

Geschichte: Politische Bildung

RZG 8.1 Die Schülerinnen und Schüler ...

3	a	» können darlegen, wie Demokratie entstanden ist, wie sie sich weiterentwickelt hat und sich von anderen Regierungsformen unterscheidet. ■ Demokratie, Volkssouveränität, Machtbegrenzung, Bürgerrecht	
	b	» können die drei Gewalten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene unterscheiden und aufzeigen, welche Aufgaben sie lösen. ■ Verfassung, Gewaltenteilung, Regierung, Parlament, Gericht	
	c	» können wichtige Besonderheiten der Schweizer Demokratie sowie die daraus resultierenden Rechte und Pflichten erklären. ■ Federalismus, Volk, Gemeinde, direkte Demokratie, Initiative, Referendum, Parteien, Verbände, Korporation	
	d	» können zu aktuellen Problemen und Kontroversen Stellung beziehen, dabei persönliche Erfahrungen im schulischen und ausser schulischen Alltag einbeziehen und die Positionen begründen (z.B. Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Siedlungsraumgestaltung).	

Abbildung 1 Korporationen – eine Besonderheit der Urner Demokratie

Gotthard

Der zweite verbindliche kantonsspezifische Inhalt im Fachbereich RZG («Geschichte: Politische Bildung» und «Geografie: Mobilität und Transport») ist: «Reusstal als Verkehrsachse, Gotthard». Der Gotthardpass hat seit jeher eine wichtige Bedeutung für die Urner Geschichte, Gesellschaft und Wirtschaft. Mit der Begehbarmachung der Schöllenen begann der Aufstieg des Gotthardwegs zur wichtigsten Nord-Süd-Verbindung über die Alpen. Eine vielfältige Auseinandersetzung mit dem Gotthard (Geschichte des Gotthards; Gotthardpass; Gotthardtunnel; Neat; Urner Reusstal als Verkehrsachse mit Autobahn und Eisenbahn) soll im Rahmen der Volksschule stattfinden.

4 Die Schülerinnen und Schüler können Mobilität und Transport untersuchen. Querverweise
[RNE](#)

Geografie: Mobilität und Transport

RZG 2.4 Die Schülerinnen und Schüler ...

3	a	» können an Beispielen aus der Schweiz und im weltweiten Kontext die Entwicklung des Transports von Personen und Gütern, sowie die Entwicklung der Nachrichtentechnik analysieren. ■ Reusstal als Verkehrsachse (Autobahn, Eisenbahn)	
	b	» können die Auswirkungen von Transport und Mobilität auf Mensch, Umwelt und Raumstrukturen untersuchen und benennen. ■ öffentlicher Verkehr, Individualverkehr, Gotthardpass, -tunnel und Neat	
	c	» kennen Kriterien für ein nachhaltiges und sicheres Mobilitätsverhalten und können diese für die Reflexion des eigenen Mobilitätsverhaltens anwenden.	

Abbildung 2 Verkehr und Transport im Urner Reusstal

Lehrmittel URwegs

Zu den kantonsspezifischen Erweiterungen wurde im Auftrag des Erziehungsrats ein webbasiertes Lehrmittel entwickelt: URwegs. Die beiden ersten Teile, «Wilhelm Tell» sowie «Korporationen», sind bereits seit einiger Zeit online verfügbar; der dritte Teil «Verkehr/Gotthard» wurde Ende 2019 fertiggestellt. URwegs steht allen Lehrpersonen zur Verfügung und wird im Unterricht entsprechend eingesetzt.

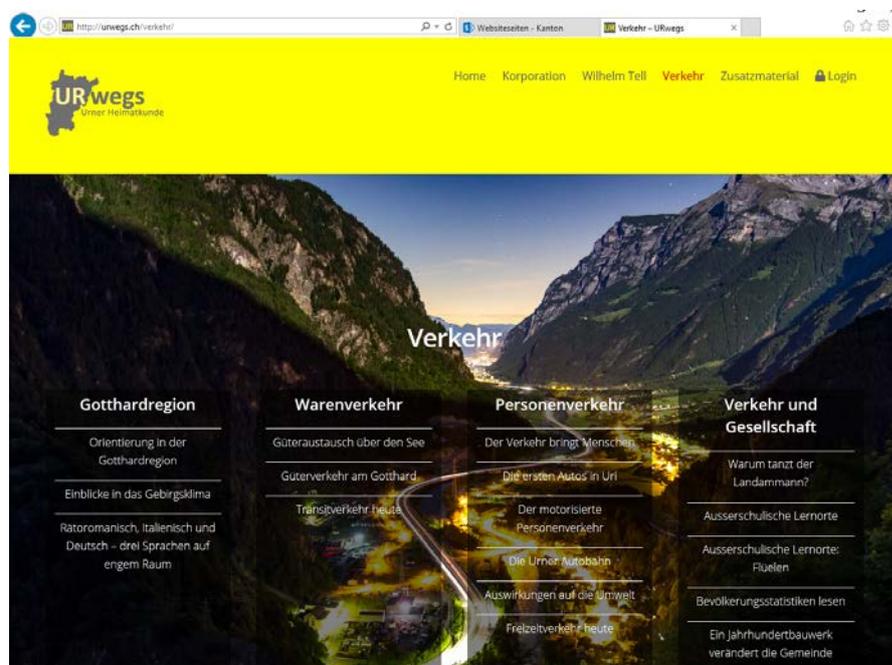


Abbildung 3 URwegs – ein webbasiertes Lehrmittel zur Urner Heimatkunde

3.3 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung

Der im Lehrplan 21 übergeordnete Bereich «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (BNE) formuliert die Zielvorstellung, dass für die Befriedigung der materiellen und immateriellen Grundbedürfnisse aller Menschen heute und in Zukunft eine solidarische Gesellschaft und wirtschaftliches Wohlergehen notwendig sind – ein zentrales politisches Ziel also. Zur Umsetzung dieser Idee bedarf es vielfältiger politischer, ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Entwicklungen. Gerechtigkeit, politische Teilhabe und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind wesentliche Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Demzufolge geht es im Lehrplan BNE darum, gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten und sich in der Gemeinschaft entsprechend zu engagieren.

Verständnis von Zusammenhängen

Dabei befassen sich die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Gesellschaftsformen, Traditionen und Weltansichten, diskutieren deren Entstehung und Wandel und lernen historische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge zu verstehen. Weiter setzen sie sich mit politischen Prozessen auseinander, lernen die Grundelemente der Demokratie zu verstehen und befassen sich mit den Menschenrechten und deren Bedeutung. Die Schülerinnen und Schüler lernen darüber hinaus, sich eine eigene Meinung zu bilden und setzen sich mit der Mitwirkung in der schulischen Gemeinschaft auseinander.

Fächerübergreifender
Gegenstand

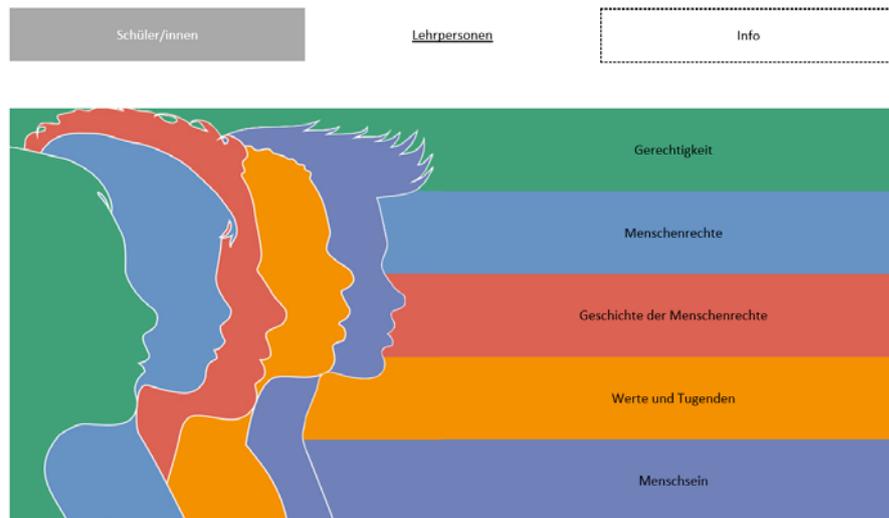
In allen drei Zyklen ist «Politik, Demokratie und Menschenrechte» im Lehrplan 21 für den Kanton Uri eines von sieben fächerübergreifenden Themen von BNE. Damit sind die Lehrpersonen verpflichtet, den Themenbereich «Politik, Demokratie und Menschenrechte» als fächerübergreifenden Unterrichtsgegenstand im Zusammenhang mit fachbereichsspezifischen Inhalten wiederholt aufzugreifen. Einzelne Kompetenzen sind in den Fachbereichen Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) sowie Räume, Zeiten und Gesellschaften (RZG) eingearbeitet (siehe oben). Weitere Kompetenzen fanden Eingang in die Fachbereiche Deutsch, Lebenskunde und Musik.

3.4 Lebenskunde

Ethik und Politik

Ein Teilbereich des Fachs Lebenskunde ist «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG). Kompetenzen mit Bezug zur politischen Bildung sind in diesem Bereich: ERG.1 «Existenzielle Grunderfahrungen reflektieren» und ERG.2 «Werte und Normen klären und Entscheidungen verantworten». Damit die Volksschule diese Kompetenzen vermitteln kann, hat der Erziehungsrat mehrere Aufgabensets erstellen lassen; diese stehen den Urner Schulen online zur Verfügung (<https://erg-uri.ch>).

Ausgewählte Themen mit niveaudifferenzierten Aufgabensets



Lehrplan 21, Zyklus 3: Kompetenzbereiche ERG 1 und 2

Abbildung 4 Aufgabensets ERG: Online-Lehrmittel für den Ethikunterricht

4 Politische Bildung im ausserschulischen Bereich

Projekte und Initiativen

Die Vermittlung von Kompetenzen in der politischen Bildung liegt freilich nicht allein im Verantwortungsbereich der Volksschule. Im ausserschulischen Bereich unterstützt der Kanton denn auch zahlreiche Projekte und Initiativen, welche die Auseinandersetzung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der Politik und dem Milizsystem fördern. Wie die nachfolgenden Beispiele zeigen, ist sich der Kanton der Relevanz der Förderung der politischen Bildung auch im ausserschulischen Bereich sehr wohl bewusst, und er will deshalb auch in Zukunft entsprechende Projekte fördern.

4.1 Polittouren und Jugendparlament

Ein wichtiges Beispiel für die vom Kanton unterstützten Projekte und Initiativen sind die vom Jugendrat Uri organisierten Polittouren im Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri (bwz uri) und an der Kantonalen Mittelschule Uri (KMSU); sie bringen junge Erwachsene direkt mit bereits politisch aktiven Jungpolitikerinnen und -politikern zusammen. Das alle zwei Jahre stattfindende kantonale Jugendparlament wird sowohl finanziell als auch administrativ vom Kanton unterstützt. Das Jugendparlament bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, direkte politische Erfahrungen zu gewinnen, indem sie über Projektbeiträge und Petitionen an den Regierungsrat entscheiden.

4.2 Politcast Uri und Politcast@School

Der Kanton unterstützte weiter den Aufbau der Website www.politcast-uri.ch; dort sind Podcasts zum Download verfügbar. In den Podcasts bereiten junge Urnerinnen und Urner aktuelle politische Themen für ein junges Publikum auf. Mit einem finanziellen Beitrag ermöglichte der Kanton zudem das Projekt Politcast@School: Das von Politcast Uri geschaffene Lehrmittel vermittelt in wenigen Lektionen die Grundlagen, wie eine Diskussionssendung produziert wird.

4.3 Partizipation

Im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung wurden bisher weitere Partizipationsprojekte unterstützt, welche Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich innerhalb ihrer Gemeinde zu engagieren. Unter anderem erhielten der JugendMitWirkungstag in Altdorf, das Kinderparlament in Schattdorf sowie das Projekt «Unsere Gemeinde» von Young Enterprise Switzerland (YES) Unterstützungsbeiträge.

4.4 Förderung der Stimmbeteiligung junger Erwachsener

Um die politische Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener zu fördern, unterstützt der Regierungsrat auch Projekte nach der obligatorischen Schulzeit. Dazu zählen unter anderem die finanzielle Unterstützung der Plattform smartvote, durch welche im Hinblick auf die Regierungsrats- und Landratswahlen vom März 2020 gezielt ein Urner Portal geschaffen werden konnte. Mit einem Beitrag unterstützte der Kanton Uri zudem das Pilotprojekt von Sophie Walker für eine Wahl-App, die Erkenntnisse aus der Game-Industrie nutzt. Eine Betaversion dieser App war ebenfalls für die Regierungsrats- und Landratswahlen in Uri verfügbar. Die Erarbeitung der App erfolgte mit beratender Unterstützung durch den Kanton Uri sowie mit der Hilfe der kantonalen Schulen (Testklassen). Seit 2020 profitieren zudem die Gemeinden von einer finanziellen Unterstützung durch den Kanton, wenn sie die Abstimmungsbroschüren von easyvote an die jungen Erwachsenen ihrer Gemeinde versenden. Der Regierungsrat hat dafür eine auf drei Jahre befristete Finanzierung beschlossen. Mehrere Gemeinden nutzen dieses Angebot.

Das alles zeigt: Der Kanton ist sich der Relevanz der Förderung der politischen Bildung auch im ausserschulischen Bereich bewusst und wird deshalb auch in Zukunft entsprechende Projekte fördern.

5 Folgerungen für die Volksschule

Verbindlichkeit Der Lehrplan 21 für den Kanton Uri umfasst die relevanten Inhalte politischer Bildung in allen drei Zyklen. Er legt damit ein wirkungsvolles Fundament für die Demokratiebildung. Diese Inhalte sind für die Lehrpersonen verbindlich.

Die Schulleitung trägt die Verantwortung dafür, dass die Schule ihren fachlichen und erzieherischen Auftrag erfüllt. Insbesondere hat die Schulleitung die Qualität der Schule und deren Arbeit zu überprüfen und zu sichern; darunter fällt auch die verbindliche Einhaltung des Lehrplans (siehe Reglement über die Schulleitung; RB Nr. 10.1447).

*Rücksicht auf das Alter
der Lernenden*

Die Ziele und die Inhalte unterscheiden sich hinsichtlich des Alters der Lernenden. In den Zyklen 1 und 2 ist die politische Bildung Teil des Sachunterrichts und darauf ausgerichtet, dass die Kinder lernen, verträglich miteinander umzugehen, die Gemeinschaft mitzugestalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Im Zyklus 3 findet im Rahmen des Fachbereichs RZG eine Einführung in politische Systeme und Demokratiekonzepte statt, in die schweizerische Demokratie, aber auch die Sensibilisierung für Rechte und Pflichten, insbesondere für Verfassungs- und Menschenrechte und die Positionierung der Schweiz in Europa. Auf der Sekundarstufe I geht es demzufolge um eine Systematisierung der politischen Bildung, um Wissen, Verstehen und Urteilsbildung.

*Weiterführung
auf Sekundarstufe II*

Bei Kindern und Jugendlichen im Volksschulalter steht somit die Vermittlung von Grundlagen für das gemeinschaftliche Zusammenleben im Vordergrund. Die politischen Abläufe, an denen sich der Schüler oder die Schülerin beteiligen kann, interessieren daher tendenziell noch eher wenig, weil sie nicht im direkten Erfahrungsbereich liegen. Die Vermittlung der spezifischen Instrumente der schweizerischen Politik ist deshalb nicht primäre Aufgabe der Volksschule, sondern der Sekundarstufe II, vornehmlich der Berufsbildung.

*Eigenes Fach
nicht zielführend, aber...*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Rahmenbedingungen für das Unterrichten politischer Themen in den Urner Schulen auf Basis des Lehrplans 21 umfassend gegeben sind. Die Schaffung eines eigenen Fachs «Politische Bildung» ist in der Volksschule weder erforderlich noch zielführend. Die Lehrpersonen aller Stufen und insbesondere die Schulleitungen sind indes zu sensibilisieren, den politischen Themen als Grundlage für das Zusammenleben in unserer Demokratie die nötige Beachtung zu schenken. Dazu sind verschiedene Mittel vorgesehen: unter anderem spezifische Angebote in der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung, eine Handreichung für die Stoffverteilung und Sensibilisierungsveranstaltungen für Schulleitende.

6 Unterstützende Massnahmen

Nachhaltiger Unterricht

Im geltenden Lehrplan 21 für die Urner Schulen ist der Bereich politische Bildung in vielfältiger Weise, zyklen- und fächerübergreifend, verbindlich vorgegeben. Damit indes die Ziele erreicht und die nötigen Kompetenzen aufgebaut werden, ist es unabdingbar, dass die Kinder und Jugendlichen mit den Lehrplaninhalten in eindrücklicher Art konfrontiert werden. Nachhaltige Unterrichtsvorhaben sind hauptsächlich durch drei Elemente geprägt: durch gutes didaktisches Material (Lehrmittel), durch die echte Begegnung mit dem Stoff (insbesondere auch an ausserschulischen Lernorten) und durch die Begeisterungsfähigkeit der Lehrperson. Für alle drei Elemente werden nachstehend die Massnahmen zur Förderung des wirksamen Unterrichts in politischer Bildung aufgezeigt.

6.1 Einsatz von Lehrmitteln

Der Erziehungsrat legt die obligatorisch im Unterricht einzusetzenden Lehrmittel für die Urner Volksschule fest.

«Zeitreise»

Das für den Geschichtsunterricht (RZG.5 bis 8) in der Oberstufe eingesetzte Lehrmittel «Zeitreise» (Verlag Klett und Balmer, Baar) bietet in separaten Kapiteln Inhalte zur politischen Bildung, beispielsweise im 7. Schuljahr das Thema «Zusammenleben in der Schweiz» und im 9. Schuljahr das Thema «Menschenrechte und Demokratie». Darin werden nach dem spezifischen Grundwissen auch die folgenden Basiskompetenzen der Jugendlichen aufgebaut:

- Recherchieren und Analysieren von gesellschaftlich relevanten Informationen und politischem Wissen.
- Kommunizieren und Interagieren zu politisch relevanten Themen.
- Urteilen und Beurteilen der gesellschaftlichen Zustände.

Weitere

Der Lehrmittelverlag Uri publiziert jedes Jahr pro Zyklus ausgewählte Lehrmittel, die neben den obligatorischen für den Unterricht empfohlen werden. Darunter sind für die Sekundarstufe auch freiwillig einzusetzende Lehrmittel zur politischen Bildung aufgeführt. Namentlich «Politik und Demokratie – leben und lernen» (Schulverlag plus), sowie «Politik und du» (hep Verlag).

Handreichungen

Die im Lehrplan 21 übergeordnete Leitidee für die Entwicklung der Gesellschaft beschreibt sieben fächerübergreifende Themen, worunter auch «Politik, Demokratie und Menschenrechte» fällt. Um fächerübergreifende Inhalte und deren gezielten Kompetenzaufbau in der Schule zu unterrichten, werden von den Lehrpersonen sämtlicher Stufen oftmals projektartige Unterrichtsmethoden eingesetzt. Diese halten sich nicht streng an fachbezogene Lektionen, sondern sind meist zeitlich grössere Blöcke, in denen die Kinder und Jugendlichen beispielsweise explorativ, kreativ und meist auch ko-

operativ lernen. Für projektartige Unterrichtsvorhaben im Bereich BNE existieren umfangreiche Hilfestellungen und Handreichungen. Eine Sammlung von online Ressourcen werden den Lehrpersonen als Linkliste auf dem Bildungsportal zur Verfügung gestellt.

URwegs Die kantonsspezifischen Präzisierungen im Urner Lehrplan beschreiben heimatkundliche Ergänzungen. Der dritte Teil des webbasierten Lehrmittels URwegs zum Thema «Verkehr/Gotthard» beinhaltet unter anderem das Kapitel «Verkehr und Gesellschaft». Die Jugendlichen werden in diesem Teil auch mit verkehrspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Es werden zudem Unterrichtsvorhaben an ausserschulischen Lernorten zur Verfügung gestellt. Es ist vorgesehen, das Lehrmittel URwegs weiter auszubauen, namentlich mit Aufgabensets zur politischen Bildung.

6.2 Begegnungen mit der Politik

Ausserschulische Lernorte Neben dem Unterricht im Schulzimmer ist die Wirksamkeit von schulischem Lernen oftmals stärker und nachhaltiger, wenn ausserschulische Lernorte einbezogen werden oder die Erarbeitung von Lerninhalten über grössere zeitliche Blöcke (statt in Lektionen) erfolgt. Themen der politischen Bildung lassen sich vorteilhaft auch über Projektwochen, Projektstage und projektorientiertes Arbeiten erarbeiten. Dafür eignen sich Podiumsdiskussionen, Politikwochen oder der Besuch eines Parlaments. Hierbei sollte beachtet werden, dass die Ausgestaltung den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht. Diese Massnahmen können Lehrpersonen und die Schulleitenden selbstständig umsetzen. Es gibt eine Vielzahl von Angeboten und Organisationen, die Schulen und Lehrpersonen darin unterstützen, Projektarbeiten in politischer Bildung durchzuführen.

Klassenrat Die wohl authentischste Begegnung mit Demokratie und politischem Handeln ist das Erleben und Mitgestalten im Klassenrat. Das gemeinsame Erarbeiten, Aushandeln und Durchsetzen von Regeln kann wirkungsvoll ausgebaut werden zum Schulhausrat oder -parlament. Das hautnahe Erleben demokratischer Prozesse im Schulzimmer und im ganzen Schulhaus kann in allen drei Zyklen der Volksschule praktiziert werden.

Gemeinde, Kanton, Bund Der Besuch von Wirkungsstätten des Schweizer Demokratiesystems kann für Schülerinnen und Schüler zum bleibenden Erlebnis werden und erlaubt in der Vor- und Nachbereitung den stufengerechten Zugang zu den jeweiligen Lerninhalten. In den ersten beiden Zyklen kann beispielsweise der Besuch des lokalen Gemeindehauses mit gestalterischen und kreativen Aufgaben verbunden werden, auch spielerische Zugänge sind für dieses Alter von Bedeutung; weiter soll der Besuch des kantonalen Parlaments ein Teil des authentischen Kontakts zu Politik und Demokratie ermöglichen. Im abschliessenden Zyklus 3 ist der Besuch des Bundeshauses und des nationalen Parlaments in Bern für alle Schulklassen vorgesehen (unter finanzieller Beteiligung des Kantons).

Politikprojekte Es gibt landesweit eine Vielzahl von schulischen Projekten mit dem Ziel, die politische Bildung und Partizipation zu fördern. Als Online-Ressource existiert eine Projektliste,

die einen Überblick an nationalen, kantonalen und lokalen Akteuren und Projekten ermöglicht. Viele der aufgeführten Angebote eignen sich für die Vermittlung in blockartigen «Politik-(Halb)Tagen».

6.3 Weiterbildung der Lehrpersonen

Die politische Bildung im Unterricht hängt zu einem grossen Teil von der Umsetzung der jeweiligen Lehrperson ab. Zur Verbesserung der politischen Bildung drängt sich demzufolge auf, die Kompetenzen der Lehrpersonen zu stärken. Insbesondere müssen die Lehrpersonen über Methoden und Unterrichtsgrundlagen verfügen, die politisch neutral sind und an welchen sie sich orientieren können.

Zentrum für Demokratie

Insbesondere das Zentrum für Demokratie Aarau (zda) unter der Trägerschaft der Universität Zürich, der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Stadt Aarau ist ein Forschungs- und Dienstleistungszentrum für politische Bildung von nationaler Bedeutung. Das Zentrum organisiert laufend Referate, Podiumsdiskussionen und wissenschaftliche Tagungen zu aktuellen Themenbereichen aus der politischen Bildung. Vielfach sind diese Angebote auch explizit für Lehrpersonen geeignet.

Vom Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz als Trägerin des zda wurden bereits 2016 die Kompetenzraster und die zugehörige Handreichung für Lehrpersonen und Schulleitungen entwickelt und publiziert. Diese dienen als Grundlage der Einbettung von politischer Bildung in den Lehrplan 21.

Campus für Demokratie

Als nationale Plattform für politische Bildung und Partizipation fungiert der Campus für Demokratie, eine national tätige Stiftung mit Sitz in Bern, die mit der Unterstützung des Bundes Grundsätze der politischen Bildung und politischen Partizipation in der Schweiz stärkt. Die Plattform will insbesondere ein lebendiges, heterogenes Netzwerk mit Akteuren aus Schulen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Städten und Gemeinden, Kantonen, der Sozialarbeit, öffentlichen Institutionen, Hochschulen, Projekten, Unternehmen, NGO und Stiftungen schaffen. Am 18. November 2019 fand in Altdorf eine Vernetzungsveranstaltung unter dem Titel «Politische Bildung – gestern und heute» durch den Campus für Demokratie statt.

Demokrative

«Demokrative – Initiative für politische Bildung» fördert politische Bildung, unter anderem auch in der Schule. Der Verein bietet das Angebot «Demokratiebausteine» für Jugendliche ab Sekundarstufe I. Für diese Workshops werden zudem auch Ausbildungen für Kursleitende angeboten. Daneben bietet Demokrative auch Materialien für einen spielerischen Zugang. Die Spielunterlagen inklusive Spielregeln werden als Vorlage zum kostenlosen Download zur Verfügung gestellt. Ergänzend existiert eine Handreichung für Lehrpersonen mit Kurzbeschrieben der Spielvarianten und Hinweisen zur Einbettung in den Unterricht.

Die in diesem Abschnitt gemachte Aufzählung ist nur ein Ausschnitt aus den institutionalisierten Bestrebungen zur Förderung der politischen Bildung in den Schweizer Schulen. Sie zeigt insofern auf, dass auch in der Weiterbildung für Lehrpersonen im Bereich der politischen Bildung bereits vielfältige Angebote bestehen.